

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Postfachstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 159.

Sonnabend, 11. Juli 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der kassell. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Tagesblattes bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Aufgehoben

Ist die auf Montag, den 13. d. M., Vorm. 11 Uhr in Großrägeln auseraumte Versteigerung zweier Kühe. Riesa, 11. Juli 1896.

Der Ger.-Vollz. beim Rgl. Amtsger.
Schr. Eibam.

Bekanntmachung.

Am 9. Juli dieses Jahres ist im hiesigen Stadtpark eine Taschenuhr gefunden worden.
Riesa, den 11. Juli 1896.

Der Rath der Stadt
Ridker.

Bekanntmachung.

Wegen des am morgigen Sonntage — 12. Juli 1896 — in hiesiger Stadt stattfindenden Militärvereinsfestes werden für diesen Tag auf Grund von § 105 b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung die Stunden, während welcher im **Handelsgewerbe** Gehälfen, Lehrlinge und Arbeiter beschäftigt werden dürfen, vermehrt, wie folgt:
Für den Handel mit **Ch- und Materialwaaren, Milch, Tabak und Cigarren** und für den **Einzelhandel mit Heizungs- und Beleuchtungs-**

material von 6 bis 8 Uhr Vormittags und von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags.
Während der vorstehend angegebenen Zeiten darf auch in diesen Zweigen des Handelsgewerbes der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsläden stattfinden.
In den übrigen Zweigen des Handelsgewerbes tritt an diesem Tage eine **Änderung nicht ein.**
Riesa, den 11. Juli 1896.

Der Rath der Stadt
Ridker.

Bekanntmachung.

Der in den Ställen
der 1. und 2. Batterie von ca. 100 Pferden,
3. : 4. : : 120 :
5. : 6. : : 130 :

in den Jahren 1897, 1898 und 1899 aufkommende **Dünger** soll erneut und zwar nach den vorbestimmten 3 Ställen getheilt oder auch im Ganzen **verpachtet** werden. Die Bedingungen, welche der Verpächter zu Grunde gelegt werden sollen, können im Zimmer Nr. 51 der Kaserne II eingesehen, auch gegen Einzahlung von 50 Pfg. Schreibgebühren vom Regiment bezogen werden. Angeboten, in welchen der Preis pro Pferd und Monat zu stellen ist, wird **bis zum 20. d. M.** entgegengelesen.
Riesa, den 9. Juli 1896.

Königlich 3. Feldartillerie-Regiment Nr. 32.

Tagesgeschichte.

Die Minister v. Marschall und v. Bötticher werden, wie bereits gestern kurz mitgeteilt, in den „Hamburger Nachrichten“ des Fürsten Bismarck als „Meritale Vertrauensmänner“ angegriffen. Der Artikel knüpft an eine Zeitungsmeldung an, in der es hieß, das Centrum suche „für den Fall eines Kanzlerwechsels dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes Herrn v. Marschall die Nachfolgerschaft des Fürsten Hohenlohe zu sichern“ und „Herr v. Marschall gelte als die Seele der zentrumsfreundlichen Strömung innerhalb der Regierung.“ Den „Hamburger Nachrichten“ erscheint diese Darstellung in diesem oder jenem Punkte zutreffend und sie rechnen dahin vor allen Dingen die lebhafteste Zustimmung der ultramontanen Presse zu Allem, was vom auswärtigen Amte geschieht. In früheren Zeiten sei diese Zustimmung regelmäßig zu vermessen gewesen, obwohl es damals doch auch nicht gerade an „Erfolgen“ gefehlt habe. In dem Hamburger Blatte wird sodann auch auseinandergesetzt, aus welchen Gründen es dem Interesse des Reichs nicht entsprechen würde, wenn das Centrum eine leitende Stellung erlangte. Es heißt da: „Die Besorgnisse, mit denen wir der Zukunft unserer Politik entgegensehen, beruhen auf der Befürchtung, daß das Centrum und dessen Bestrebungen vorwiegend und leitenden Einfluß auf die deutsche Politik gewinnen könnten, weil die geschlossene Einheit dieser Fraktion, ihre Unverzagtheit und die Erinnerung an das Geschick, mit dem sie durch Windthorst geleitet wurde, nicht ohne Anziehungskraft für eine Regierung sind, die des parlamentarischen Bestandes nicht entbehren kann. Die Unterstützung der Regierungspolitik durch das Centrum ist, wenn sie ohne Schaden des Staates gewonnen werden kann, ja wünschenswerth, aber einen leitenden Einfluß dieser Partei auf die Staatspolitik, das Regieren nach der Politik des Centrums, halten wir für gefährlich. Unter Anderem schon deshalb, weil das Centrum niemals darauf verzichtet kann, Elemente, die das Bedürfnis, im deutschen Reiche als Bürger desselben zu leben, überhaupt nicht haben, z. B. die Polen mit ihren nationalpolnischen Bestrebungen, durch ihre parlamentarische Vertretung zu stärken und aufzuregen. In dieser Beziehung wird das Centrum wie in der ultramontanen stets unveränderlich bleiben, und ein Minister, der als Vertrauensmann dieser Partei die Politik des Landes leitet, wird damit zu rechnen haben. Inwiefern dazu die Nachfolger des Fürsten Hohenlohe bereit sein würden, müßte sich sehr bald zeigen.“

Deutsches Reich. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Kaiser verließ anläßlich des Abschlusses der Arbeiten der Commission für die zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Oberforstmeister Dankelmann unter Verleihung im Rufe als Director der Forstakademie in Eberswalde den Titel „Landesforstmeister“ mit dem Range der Räte 2. Classe, dem bayerischen Kammerer Freiherrn von Gagern in Neuenburg den Rother Adlerorden 3. Classe, dem Kammergerichtsrath Hoffmann und dem Generaldirector Goldschmidt

den Rother Adlerorden 4. Classe, dem Landrath v. Hellendorff aus Bedra den Kronenorden 2. Classe mit Stern, dem Professor Conrad in Halle und dem Geschäftsinhaber der Discantogesellschaft Generalconsul Russel-Berlin den Kronenorden 2. Classe. Dasselbe Blatt schreibt: Der Geh. Regierungsrath des Reichsamtes des Innern Director Richter wurde zum Reichscommissar für die Pariser Weltausstellung ernannt und der Regierungsrath im Reichsamte des Innern Vernald zu dessen Stellvertreter erwählt. Die Geschäftsräume des Reichscommissars befinden sich in Berlin, Wilhelmstraße 74, wohin etwaige Anfragen zu richten sind.

Die Ablehnung des Margarinegesetzes im Bundesrathe wird, wie verlautet, wahrscheinlich mit einer stillschweigenden Mehrheit erfolgen. Nur zwei süddeutsche Regierungen und vielleicht Sachsen scheinen dem Margarinegesetz in der Reichstagsfassung geneigt zu sein, während Preußen und die meisten anderen mitteldeutschen und norddeutschen Staaten für die Ablehnung eintreten.

Die Handelskammer für den Kreis Thorn beklagt in ihrem Jahresberichte, daß der Vertrag mit Rußland Grenzenerleichterung im Verkehre nur in unzureichendem Maße gewährt und daß die Beschaffung des Paphiums nach wie vor großen Schwierigkeiten unterliegt. Diefem Umstande und der Schwierigkeit, nach der langen Zeit der Absperrung frühere Beziehungen wieder anzuknüpfen, schreibt sie es zu, daß das Gesamtresultat des russischen Handelsvertrages hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, wenn auch im Allgemeinen eine segensreiche Wirkung nicht ausgeschlossen ist.

Schwer geschädigt hat den Verlehr Thorns mit Rußland die im agrarischen Interesse erfolgte Aufhebung der 1890 gestatteten Einfuhr lebender russischer Schweine, die nicht allein die Fleischpreise steigerte und damit die Arbeiterbevölkerung demüthigte, sondern auch den durch den Schweinehandel erzeugten lebhaften Wanderverkehr lahmlegte.

Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen werden am 17. d. M. zum Besuch der Königin in England erwartet. Prinz Heinrich und Gemahlin sollen den Kaiser bei der Hochzeit der Prinzessin Maud von Wales und des Prinzen Karl von Dänemark vertreten.

In einem Consularberichte über die Eintreibung von Forderungen in Serbien wird darauf hingewiesen, daß sich namentlich offenen Buchforderungen, sobald sie gerichtlich geltend gemacht werden müssen, große Schwierigkeiten entgegenstellen. Urtheile deutscher Gerichte über Klagen auf Grund offener Buchschulden sind bei serbischen Gerichten einfach nicht vollstreckbar, weil diese Urtheile nicht von dem Gerichte, wozu der Verklagte zuständig ist, gefällt worden sind. Die Durchführung einer solchen Anlage vor einem serbischen Gerichte ist aber sehr schwierig, und selbst wenn nach langem Verfahren endlich ein Urtheil ergiebt ist, kann der Kläger oft jahrelang auf dessen Vollstreckung warten, weil diese eigentümlicherweise nicht vom Gerichte selbst, sondern von der politischen Behörde erfolgt. Allen Geschäftstreibenden muß daher empfohlen werden, sich bei Anknüpfung von Verbindungen mit serbischen Firmen vorher über deren

Kreditsfähigkeit eine sichere Auskunft zu verschaffen. Aber selbst wenn diese günstig ausfällt, ist es gerathen, mit Säusern, die nicht durch langes Bestehen eine gewisse Gewähr bieten, gegen Accepte zu arbeiten, wobei indessen noch zu beachten ist, daß auf solchen Accepten ausdrückliche Bezeichnung „angenommen“ sammt Unterschrift vermerkt sein muß, da sonst ein Accept nach dem serbischen Wechselrecht nicht vollgültig ist.

Von mehreren Seiten war gemeldet worden, daß der Bundesrath die Vorschläge der Commission für Arbeiterstatistik für den Ladenschluß abgelehnt habe. Diese Mittheilung begegnet jedoch begründeten Zweifeln. Der Inhalt dieser Vorschläge ist durch eine Veröffentlichung in einem süddeutschen Blatte bekannt geworden, und zwar auf Grund einer Aufforderung an die Regierungen, ihr vorläufiges Gutachten darüber abzugeben. Derartige Verhandlungen mit den einzelnen Regierungen pflegen der Fertigstellung der Vorlage für den Bundesrath vorherzugehen. Im vorliegenden Falle war das um so unvermeidlicher, als selbst Herr v. Berlepsch der Ansicht war, daß die Regelung der Verhältnisse der Ladengeschäfte nicht im Wege einer kaiserlichen Verordnung mit Zustimmung des Bundesrathes, sondern nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung möglich ist. Von einer derartigen Vorlage an den Bundesrath hat aber bisher nicht das Mindeste verlautet. Der Bundesrath wird demnach auch keinen Anlaß gehabt haben, sich in formeller Weise mit jenen Vorschlägen zu beschäftigen.

Die sozialdemokratische „Neue Zeit“ hat eine Artikelreihe gebracht, in der bezeichnender Weise bis ins Einzelne Anweisungen gegeben werden, wie man es anzufangen habe, um eine Revolution erfolgreich durchzuführen. Zum Schluß werden die Chancen, die eine solche Unternehmung heute hat, mit denen verglichen, die sie 1848 hatte. Es heißt da in Bezug auf die 48er Vorgänge: „Wir sind keine Pariser“, riefen die pommerischen Soldaten den gefangenen Berliner Barrikadenkämpfern zu und stießen ihnen den Gewehrsolben in den Rücken! Und doch hat der König von Preußen vor dem zusammengelaufenen „Vöbel“ den Hut ziehen müssen! Und wie gering war damals die politische Macht des Volkes im Vergleich zu heute! Damals war Preußen ein Agrarland. Ueber 70 v. D. der Bevölkerung lebten auf dem platten Lande. In den Städten waren nur 28 v. D. Die Bevölkerung betrug nach der Zählung von 1890 die Stadtbevölkerung mehr als vier Zehntel der Gesamttheit. Damals, 1848, waren in Preußen in Gewerbe, Handel und Verkehre nur 29 v. D. der Bevölkerung thätig. Aber schon 1882 betrug diese industrielle Bevölkerung 47 v. D., jetzt werden es wohl über 50 v. Hundert sein.“ Diese Anweisungen würden ein interessantes Thema für christlich-soziale Versammlungen bilden, in denen die sozialdemokratische Agitation zumeist sehr steifmütterlich behandelt wird.

Die wirtschaftliche Lage erkennt der soeben erschienene Jahresbericht der Handelskammer zu Leipzig als günstig da. Den Anstoß zu der allgemeinen Aufwärtsbewegung gab das Exportgeschäft, dessen Lage durch die deutsche Handelspolitik